RS 40

Bericht über die Schwerpunkte der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Politik in den nächsten Monaten

1. Die Kapitalistenklasse bereitet allseitige Angriffe vor

(Zu einer konkreten Analyse der Situation des österreichischen Kapitals, die nach Branchen und infolge der Auswirkungen des Konkurrenzkampfs immer mehr auch von Betrieb zu Betrieb verschieden ist sind wir nicht in der Lage. Das sind aber Sachen (z B. Auftragslage, Liefertermine u ä.) die die konkreten Kampfbedingungen bis zu einem gewissen Grad ändern können)
Allgemein kann man für die Industrie sagen:

Von einem "Silberstreif am Horizont" der kapitalistischen Wirtschaft kann nach wie vor keine Rede sein: Nach den letzten Umfragen der Industriellenvereinigung ist die Tendenz bei den Auftragsbeständen, bei der erwarteten Produktionstätigkeit, bei der Preiserwartung und bei der erwarteten Beschäftigungsentwicklung weiterhin pessimistisch, verschlechtert hat sie sich bei den Aufträgen für das Exportgeschäft Die Konkurrenzbedingungen des österreichischen Kapitals verschärfen sich also

Das Lebensniveau der Arbeiterklasse ist bereits massiven Angriffen ausgesetzt: Zu der Reallohnentwertung durch die Teuerung kommen bereits direkte Lohnkürzungen (durch die Streichung von Zulagen, Streichung und Kürzung der Überzahlung der KV-Löhne/Gehälter, Versetzungen auf schlechtbezahlte Arbeitsplätze). Weiter gedrückt wird das Lebensniveau der österreichischen Arbeiterklasse durch das Prognostizierte Ansteigen der Arbeitslosenzahl auf 100 000 Dieses Ansteigen wird im Verlauf der nächsten Zeit mehr als bisher mit einer Verschärfung der Ausbeutung der verbleibenden Arbeiter und Angestellten einhergehen weil einerseits aus politischen Rücksichten "verschobene" Kündigungen und andererseits die Opfer der wirksam werdenden Rationalisierungswelle einen größeren Teil der "Freigesetzten" bilden werden Insgesamt betrachtet wird die ansteigende Arbeitslosenzahl zu einer weiteren Verschärfung der Konkurrenz um den Arbeitsplatz führen und damit die Bedingungen für die Angriffe der Kapitalisten verbessern

In einer solchen Situation finden Lohn- und Gehaltsverhandlungen für breiteste Teile der lohnabhängigen Bevölkerung statt (vgl Klaka 11/75 Artikel über "Herbst-Lohnrunde") Für die Arbeiter und Angestellten stehen damit gleichzeitig die Bestimmungen der Rahmenkollektivverträge zur Debatte

Was die Kapitalisten bei den Verhandlungen und in der Zeit danach wollen, haben sie bereits deutlich zu verstehen gegeben:

In den Massenmedien findet eine Kampagne gegen die Interessen der Arbeiterklasse statt wie es sie so eindeutig und scharf schon lange nicht gegeben hat Nicht nur in bezug auf die Lohn- und Gehaltsverhandlungen werden die Unternehmerfordrungen propagiert (v.a Abschlüsse unter der Inflationsrate weiters: keine innerbetrieblichen Lohnerhöhungen harte Haltung der Regierung gegen die öffentlichen Bediensteten vgl denselben Klaka- Artikel). Auch die sinkende Produktivität und das und das "liebgewordene Versorgungs- und Anspruchsdenken" der Bevölkerung (Helbich, ÖIV) kommen immer mehr ins Schußfeld der Kritik. Die Kapitalisten wollen damit nicht nur Forderungen nach "immer weiter gehenden sozialpolitischen Verbesserungen" (Igler ÖIV) diskriminieren, um Rahmenkollektivvertragsverbesserungen bei den bevorstehenden Verhandlungen zu begegnen (z B Urlaub, Abfertigung Überstundenentgelt usw)

Es handelt sich dabei um die ideologische Vorbereitung von Angriffen auf soziale Errungenschaften in Arbeitsgesetzgebung und Kollektivverträgen sowie auf das Versicherungswesen Es ist zwar in der nächsten Zeit keine direkte gesetzliche Verschlechterun zu erwarten aber in der Praxis häufen sich die Versuche zur Aushöhlung und Unterminierung:

o Die Kapitalisten sind die eifrigsten Befürworter der Kürzung staatlicher Sozialausgaben und der Aushöhlung der Sozialversicherung (Selbstbehalt in der Krankenversicherung Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge weniger staatliche Zuschüsse für die Pensionsversicherung)

o In der betrieblichen Praxis werden bei Rationalisierungsmaßnahmen gesetzliche Bestimmungen ignoriert (Arbeitszeitbestimmungen Gehaltsverluste von Angestellten bei Kurzarbeit) bzw unterminiert (indem das "Einvernehmen" der betroffenen Kollegen bzw die "Zustimmung" der BRäte erpreßt wird (zwangsweise Konsumati n des Urlaubs, Verschlechterung bei Versetzungen Betriebsänderungen (z B. Schichtarbeit Einarbeiten) "freiwillige" Teilzeitbeschäftigung ulä.)

Wenn die Informationen der "Volksstimme" richtig sind planen die Kapitalisten auch daß sich der Staat im Gegensatz zur bisherigen Praxis bei Verhanslungen etwas mehr einschalten soll: ie Verhandlungen für di Metall- und Bergarbeiter wurden von der Paritätischen angeblich nicht mehr "freigegeben", sondern mit der "Empfehlung" verbunden daß Abschlüsse in Höhe der Inflationsräte der Wirtschaft nicht zuträglich seien

2. Die Politik der ÖGB-Führung

Vor dem 8. Gewerkschaftstag haben wir geschrieben: "Di Ausrichtung der ÖGB-Politik die am 8 GT vollzogen werden wird schafft einerseits ungünstige Bedingungen für den Klassenkampf weil sie die Gewerkschaft verstärkt auf die Verteidigung und Rettung der kapitalistischen Wirtschaft festlegt" (Beschlußentwurf)

Wenn wir die Bedingungen für die bevorstehenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen betrachten hat sich das drastisch bewahrhwitet: Sowohl die öffentlichen Äußerungen bedeutender Gewerkschafts-Führer als auch ihre Praxis bei den Abschlüssen kurz vor und nach dem Gew k-schaftstag (Näheres im bereits erwähnten Kleka-Artikel) stellen äußerst ungünstige Bedingungen für die bevorstehenden Verhandlung n dar

Die Argumentati n der ÖGB-Führung geht im wesentlichen vom selben Standpunkt aus wie die Propaganda der Kapitalisten: Nur wenn es der Profitwirtschaft gut geht kann s auch dem Arbeiter gut gehen Dieses vorbehaltslose Orientieren an der kapitalistischen Wirtschaft führt jetzt dazu daß von Mussil (Bundeskammer) bereits vorgerechnet wird daß laut "Benya-Formel" die Lohnerhöhungen aus Teuerung minus Schrumpfung der Wirtschaft errechnet werden müßten (Volksstimme, 14 11)

Auf dem Boden der Sozialpartnerschaftsideologie h ben die Arbeiter auch noch so wahnwitzigen Angriffen der Kapitalisten nichts entgegenzusetzen Folgerichtig werden di Gewerkschaften di ja auf diesem Boden stehen, von den Gewerkschaftsführern systematisch auf Nachgeben und Zurückweichen festgelegt: Die Spitzenfunktion re überbieten sich fast in Maßhalteerkl rungen. Die lezten Nummern der Gewerkschafts zeitschriften sind voll von der Ausrichtung auf die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft. Auch die Diskussion über Sockel- und Mindestbeträgebbzw" lineare Mindestbeträge ist natürlich keineswegs auf eine Einheit für den Kampf ausgerichtet sondern darauf, die Kapitulation auch für die niedrigstbezahlten Gruppen noch erträglich zu machen.

Das allein ~~xxxxx~~ sichert die Entfaltung eines wirksamen organisierten Einflusses auf die Gewerkschaftspolitik.

Was sollen und können die Genossen und Einheiten des KB-Wien und seiner Massenorganisationen zu einer ~~xxxxx~~ Weiterentwicklung dieser Bewegung beitragen:
(Nicht die Rede ist hier von weiterer Berichterstattung über diese Sache in der Zeitung und zentralen Flugblättern).

1. Einerseits sollen alle jugendlichen Genossen in der Initiative mitarbeiten und alle Bekannten Interessierten bzw.sympathisierenden jugendlichen Kollegen zur Mitarbeit aufgefordert werden. (z.B. auch beim Zeitungsverkauf)
   Termin: Jeden Montag, 18h, Mollardhof Extrazimmer (Vis-a-vis
   Mollardschule)

2. Unsere Einheiten und unsere Genossen sollen dort, wo sie dazu in der Lage sind, organisierte Mehrheiten herbeiführen (z.B. in Lehrwerkstätten der Großbetriebe o.ä. Dazu müßte in den Lehrwerkstätten z.B. ein Lehrling oder Jugendlicher gefunden werden, der als Absender auftritt für die Absendung des offenen Briefes an die ÖGJ und alle Zeitungen usw. Laut Beispiel der Klassensprecher an der Mollardschule)

3. Auf dieser Linie sollten auch die Kommunisten der anderen KBs aktiv werden, so weit dazu an den BS, Lehrwerkstätten und ÖGJ-Gruppen die Möglichkeit dazu besteht. Eine "wilde" (=unorganisierte) Unterschriftensammlung ist weder durch Genossen unserer Organisatione sinnvoll noch würden wir eine solche Vorgangsweise den Genossen der anderen KBs vorschlagen.

Jeder Beschluß einer Vertretung der erwachsenen Kollegen (BR, PV, Ortsgruppe), der diese Sache unterstützt ist natürlich vollkommen im Interesse dieser Bewegung. In diesem Sinn wurde dieses Problem auch im letzten zentralen Flugblatt behandelt und wird es hoffentlich weiterhin neben der zentralen Agit-Prop auch von den Betriebskollektiven in Flugblättern und Betriebszeitungen aufgegriffen und unsere Meinung dazu verbreitet werden. (Im übrigen sollte es endlich so gehandhabt werden, daß Aktionen von Genossen oder Einheiten dem Gewerkschaftsverantwortlichen des KB vorher mitgeteilt und mit ihm abgesprochen werden).

(Dieser Bericht beruht inhaltlich auf einer Absprache des Gewerkschaftsverantwortlichen mit dem STA der Leitung zu dem Zeitpunkt als die Initiative gestartet wurde.)

Dieser Haltung in der Lohnfrage entspricht der völlige Verzicht der ÖGB-Führung Initiativen für die Verwirklichung der Beschlüsse der Gewerkschaftsfrage zu setzen: etwa beim Urlaub bei der Abfertigung, bei der Arbeitslosenunterstützung, bei der Entlohnung der Frauen und Jugendlichen, bei der Humanisierung der Arbeitswelt usw Von den vielen schönen worten und Forderungen der Kongresse ist nichts geblieben als eventuell eine geringfügige Verbesserung der Abfertigungsbestimmungen.

Die Politik der ÖGB-Führer besteht darin ideologisch die Interessen der Arbeiterklasse den Angriffen der Kapitalisten preiszugeben und in der Praxis der dem Einfluß der Mitglieder entzogenen Verhandlungen kampflos vor den Forderungen der Kapitalisten zu kapitulieren

3. DIE LAGE FÜR DIE ARBEITERKLASSE UND DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTEN

Die Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse sind aufgrund der objektiven Entwicklung ungünstiger geworden. Durch die zu erwartenden Lohnraubabschlüsse wird sich die Ausgangsposition der Arbeiterklasse am Beginn einer unausweichlichen Verschärfung des Klassenkampfes von oben objektiv weiter verschlechtern.

Dafür aber, ob in der nächsten Zeit die Kapitalisten Schlag für Schlag gegen die Arbeiterklasse landen können, ist keineswegs nur entscheidend, was bei der anstehenden Lohnabschlüssen herauskommt, sondern (neben den konkreten objektiven und subjektiven Bedingungen im Betrieb/Branche): Unter welchen Bedingungen sie zustandekommen, wie sie hingenommen werden und welche ideologischen und politischen Entwicklungen in der Arbeiterklasse sie zur Folge haben. Entscheidend dafür, wie die Arbeiterklasse vor den kommenden schärferen Auseinandersetzungen dasteht, wird also sein:

- Ob der Einfluss der Sozialpartnerschaftsideologie bei einem Teil der Arbeiterklasse erschüttert wird
- ob in den Gewerkschaften die Politik des Klassenkampfes Fuss fasst
- ob in den Betrieben bzw. Branchen Bewegungen zustandekommen, die die Kapitulationspolitik der ÖGB-Führung nicht akzeptieren.

Wenn das entscheidend für die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalistenklasse ist, sind damit schon die Aufgaben der Kommunisten in der gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeit genannt. Wenn weiters klar ist, dass die Kapitalisten nicht nur den Reallohnabbau forcieren wollen, sondern auch mit Rationalisierungen die Ausbeutung verschärfen und den bestehenden Arbeitsschutz aufweichen wollen, sind damit auch die hauptsächlichen Inhalte unserer Arbeit genannt: Neben ausreichenden Löhnen gewinnt die Verteidigung und der Ausbau des Arbeiterschutzes an Bedeutung.

Unsere bisherige Arbeit

Unsere Organisation hat einen Vorschlag für die KV-Verhandlungen entwickelt. Dazu haben wir die Meinung vertreten, dass Mehrheiten für diese Forderungen im Betrieb sowohl die einzige Möglichkeit seien, den Willen der Arbeiter in bezug auf die Verhandlungen wirksam zum Ausdruck zu bringen, als auch die beste Möglichkeit, die Einheit für die Durchsetzung dieser Forderungen im Betrieb herzustellen. Der Vorschlag wurde in einem zentralen Flugblatt und im Klaka 9/75 verbreitet. Die Berichterstattung wurde im Klaka 1o fortgesetzt (insbes. Zivilingenieure) und im Klaka 11 verbessert sowie der Vorschlag um Abfertigungsforderungen erweitert (über dieselben Themen erschien auch ein zentrales Klaka-Flugblatt). Einzelne Forderungen wurden intensiv vom Horny-Kollektiv und teilweise vom Kapsch-Kollektiv in der betrieblichen Arbeit aufgegriffen und verbreitet. Ein Artikel über die Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst erschien im Klaka 11, zu den besonderen Fragen für die Angestellten haben wir noch nicht Stellung genommen (eine Stellungnahme von S.P. aus dem VUV-RS 7 wurde allen KB-Genossen zugänglich gemacht und soll in unserer Organisation die Debatte darüber einleiten).

Die Mängel unserer bisherigen Arbeit

Dass unser Vorschlag wichtige und aktuelle Fragen für die österreichischen Arbeiter und Angestellten aufgreift, wird durch eine Reihe von gewerkschaftlichen Beschlüssen bestätigt. Sowohl die Unterbezahlung der Frauen und der Jugendlichen wie auch der unzureichende derzeitige Urlaubsanspruch wurden auch zum Gegenstand gewerkschaftlicher Forderungen.

Von den Einheiten unserer Organisation ist ddr Vorschlag wie auch die Beschlüsse und die Berichterstattung in der Zeitung über die Gewerkschaftskongresse (Jugendkongress, Frauenkongress, 8. Gewerkschaftstag) unzureichend angewandt worden. Ausser bei Horny und Kapsch wurden sie noch nicht zum Anlass und zur Richtschnur für eine selbständige Arbeit genommen. Das heisst, dass wir selbst unsere beschränkten Möglichkeiten bis jetzt ungenügend genützt haben, wenn wir uns die Bedeutung der Entwicklungen der nächsten Monate in der Arbeiterklasse vor Augen halten.

Der Kampf gegen die Sozialpartnerschaftsideologie

Ein Beispiel kann vielleicht verdeutlichen, mit welchen Veränderungen in der Propagierung der Sozialpartnerschaftsideologie wir heute konfrontiert sind: Während es früher hiess, die Wirtschaft sei eine Kuh, aus der eben nicht mehr herauszuholen sei als sie gefüttert worden sei, heisst es heute: Diese Kuh muss erst einmal gefüttert werden, bevor wieder etwas herauszuholen ist. Dementsprechend sind wir mit folgenden Argumenten konfrontiert:

Höher Löhne gefährden niedrige Preise und damit die Konkurrenzfähigkeit und damit die Arbeitsplätze;
Rationalisierungen sind notwendig, um die Konkurrenzfähigkeit zu sichern und damit auch Arbeitsplätze;
Zusammengefasst: Das oberste Prinzip ist Anreize für die Wirtschaft zu schaffen durch niedrige Löhne und hohe Produktivität, um das Werkel wieder in Schwung zu bringen. Dann erst würde es sowohl mit den Löhnen wie mit den Arbeitsplätzen wieder aufwärts gehen.

Demgegenüber müssen wir mit einer wissenschaftlichen Durchleuchtung die wirklichen Zusammenhänge klar machen: Dass nur die Steigerung der Ausbeutung bei Aufrechterhaltung der Ausplünderung auf dem Warenmarkt dieses Wirtschaftssystem retten kann. Untermauern müssen wir diese Darstellung der Entwicklung durch die laufende praktische Enthüllung über die gleichlaufende Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der Inflation und der Ausbeutung im Betrieb.

Der Kampf für eine klassenkämpferische Politik der Gewerkschaften

Die Grundlage dafür, dass die Politik des Klassenkampfes in den Gewerkschaften sich durchsetzen wird, ist die Tatsache, dass die Klassenzusammenarbeit nicht den Interessen der Mitglieder entspricht.

Die Grundlage dafür, dass die Mitglieder den Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen in den Gewerkschaften intensivieren, ist die Tatsache, dass heute im einzelnen Betrieb, ohne gewerkschaftliche Unterstützung, ohne Unterstützung des Betriebsrates immer weniger gegen die Kapitalisten auszurichten ist.

Jeder Fussbreit Boden, den die Politik des Klassenkampfes in den Gewerkschaften gewinnt, ist heute von entscheidender Bedeutung für den Kampf gegen die Kapitalisten.

Anzeichen für die Lebendigkeit des Widerspruches zwischen der Führung und den Interessen der Mitglieder gibt es genug: Sie reichen von der Diskussion über Demokratie im ÖGB (Prenner, Klenner, Brandstätter in AuW, Beiträge im "PA") über die öffentliche Zurücknahme des Verzichtes auf Teuerungsabgeltung durch Funktionäre des öff. Dienstes bis zu Beschlüssen der Kongresse, die geeignet sind für den Kampf gegen die Kapitalisten.

Solche Beschlüsse der letzten Zeit sind im wesentlichen in unseren Veröffentlichungen dokumentiert:

Frauenkongress - Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
Jugendkongress - Abschaffung der eigenen Lohnkategorien für Jugendliche;
Festlegung der Lehrlingsentschädigung als Prozentsätze vom Facharbeiterlohn;
5 Wochen Urlaub für Jugendliche

ÖGB-Kongress - Abkehr vom Treueprinzip (v.a. Abfertigung);
4 Wochen Mindesturlaub;
Humanisierung der Arbeitswelt.
(Dieser "Katalog" wird sich im Laufe der Entwicklung unserer Arbeit in den einzelnen Gewerkschaften verlängern.)

Worin besteht die Bedeutung dieser Beschlüsse?
Sie bedeuten keineswegs, dass damit die Gewerkschaften auf den Kampf gegen die Kapitalisten ausgerichtet sind. Sie sind in ihrer Begründung und oft auch in den abgeleiteten konkreten Forderungen Ausdruck der Sozialpartnerschaftsideologie. Sie sind nichts anderes als die Antwort der Vertreter der Sozialpartnerschaft im ÖGB auf sehr dringende Probleme der Arbeiter und Angestellten.

Sie sind aber gleichzeitig in einigen Fragen eine hervorragende Grundlage dafür, dass der Zusammenschluss gegen die Kapitalisten in der Gewerkschaft, auf dem Boden gewerkschaftlicher Beschlüsse besser vorangebracht werden kann. Die Durchsetzung dieser Forderungen bzw. ihre eindeutige Formulierung gegen die Kapitalisten ist die Aufgabe klassenbewusster Gewerkschafter und Kommunisten. Für die Arbeit auf den unteren Ebenen sind sie gute Ansatzpunkte, die für die Herbeiführung von Beschlüssen über konkrete Forderungen genützt werden können (z.B. das Prinzip der "Abkehr vom Treueprinzip").

Initiativen, die uns zeigen, dass es möglich, notwendig und sinnvoll ist, sich auf einen Einbruch in die Sozialpartnerschaftspolitik im ÖGB zu orientieren, gibt es in letzter Zeit vor allem zwei:
Die Übernahme eines klassenkämpferischen Forderungsprogramms der Angestellten der Zivilingenieur-Büros durch die GPA. Die Initiative von ÖGJ-Mitgliedern für einen Existenzlohn für Lehrlinge, die sich klar und eindeutig auf die Durchsetzung ihrer Forderungen in der ÖGJ orientieren. (Weiters auch die Initiative eines Linzer Betriebsrates, siehe Klaka/Linz Nr. 3, S. 8.)

Obwohl natürlich die Bedingungen in den verschiedenen Gewerkschaften, Sektionen und Fachgruppen sehr verschieden sind, zeigt sich: Für Fortschritte im Kampf gegen die Kapitalisten sind gewerkschaftliche Beschlüsse gute Ausgangsbedingungen, und: Nur solche Fortschritte im Kampf gegen die Kapitalisten sind wirkungsvoll und dauerhaft, die sich in gewerkschaftlichen Beschlüssen niederschlagen.

In der Metallbranche konnte bis jetzt keine organisierte Willensbildung der Gewerkschaftsmitglieder zu den Verhandlungen zustandegebracht werden. (Auch andere Fraktionen (GLB) konnten keine Mehrheiten für ihre Vorschläge finden.) Unser "Vorschlag" ist aber die geeignete Grundlage, um unsere Anstrengungen in dieser Richtung fortzusetzen.

Für die Behandlung anderer Forderungsprogramme (z.B. des Zentralvorstandes der GPA/1o Punkte-Programm) sind unsere Arbeiterschutzforderungen der Masstab und geeignet, um eigene Teilforderungen für die aufgegegriffenen Probleme aufzustellen.

In den Betrieben die selbständige Bewegung voranbringen

Sowohl Äusserungen der Kapitalisten wie führender Gewerkschafter (Sekanina) lassen vermuten, dass nach den Abschlüssen keineswegs Grabesruhe herrschen wird.

Wenn wir die Lage so einschätzen, dass die ÖGB-Führung von ihrer Kapitulationspolitik bei diesen Verhandlungen nicht mehr abgebracht werden kann, müssen wir sehen, dass die einzige Möglichkeit für die Arbeiter und Angestellten, gegen die Kapitalisten im nächsten Jahr etwas zustandezubringen, im Betrieb besteht.

Dabei müssen wir davon ausgehen, dass die allgemeine objektive Situation für die Arbeiterklasse ungünstiger geworden ist, dass aber von gewichtiger Bedeutung die konkrete Situation des Betriebes oder der Branche ist. Wenn heute eine selbständige Bewegung zustandekommen soll, ist dazu eine langwierige Überzeugungsarbeit notwendig. Weiters wäre dafür günstig, wenn man sich auf gewerkschaftliche Beschlüsse stützen könnte und wenn BR, PV und JVR zur Unterstützung veranlasst werden könnten. Um das zu erreichen, müssen Betriebsversammlungen, Wahlen und die Arbeit in den Orts- und Jugendgruppen dafür genützt werden.

Was uns in dieser Richtung gelingen muss, ist die Verbindung unseres Vorschlages und unserer Arbeiterforderungen mit den konkreten Verhältnissen im Betrieb und die Aufstellung von geeigneten Teilforderungen, um die ein Kampf organisiert werden kann.

A.R.

BERICHT DES BEAUFTRAGTEN DER LEITUNG ZUR LAGE IM KAMPF GEGEN DAS ABTREIBUNGS-VERBOT

1. Zu den Bedingungen, in denen die Abtreibungsfrage steht

Diese Fragestellung ist ein Problem, das immer wieder die Komiteearbeit beeinflusste. Allerdings leider in dem Sinn, dass wir ihr zu wenig Aufmerksamkeit schenkten und deshalb in unseren politischen Schlüssen keinen festen Boden unter den Füssen hatten. Die Ergebnisse, die hier vorgelegt werden, sind daher auch nur erste Überlegungen.

1.1. Objektive Verschiebungen durch Verschlechterung der sozialen Lage der Massen

Eine Zahl, die darüber objektiven Aufschluss geben kann, ist die Zahl der Leute, die abtreiben: Wenn wir von der Wiener Situation (Zeit von Jänner bis Mai) auf ganz Österreich und auf das ganze Jahr schliessen, so ergibt sich, dass in den Spitälern heuer etwa 3o.ooo Abtreibungen vorgenommen werden. Diese Zahl wird aber eher zu gross als zu klein sein. Die Zahl der Frauen, die abgewiesen werden, dürfte ungefähr doppelt so gross, also etwa 6o.ooo sein. Wir wissen aber leider nicht genau, was die Abgewiesenen weiter machen. Wahrscheinlich wird ein Grossteil von ihnen privat abtreiben lassen. Aus Ländern, wo es schon länger eine Fristenlösung gibt, wissen wir, dass die Abtreibungsziffer um mindestens 1o % zurückgeht.

Die Tatsache, dass es die schlechten sozialen Verhältnisse sind, die uns zur Abtreibung zwingen, ist den meisten Leuten wohlbekannt. Hier hat uns bei Ständen in der Stadt nur ein sehr kleiner Teil widersprochen, wobei das oft Leute waren, die sozial besser gestellt sind. Schwieriger war das in Jugendorganisationen, wo diese Tatsache relativ häufig bestritten wird (ca. 3o %).

Eine Folge der Übereinstimmung darüber, dass die sozialen Verhältnisse zur Abtreibung zwingen, ist, dass immer mehr Leute spontan für das Recht auf Abtreibung sind. Derzeit sagen ca. 3o % der Leute, mit denen wir bei unseren Ständen sprechen, von vornherein, dass sie für das Recht sind und die meisten können wir im Laufe eines längeren Gespräches weitgehend überzeugen. Das war zu Beginn des Jahres noch keineswegs so.

Ein Anzeichen dafür, dass sich die Klarheit in der Abtreibungsfrage unter den Massen ständig vergrössert, ist, dass wir in letzter Zeit immer häufiger spontan Geldspenden (bis zu S 2o,--) für das Komitee bekommen, oft sogar ohne eine Broschüre zu verkaufen. Diese Leuten finden ganz offensichtlich die Arbeit des Komitees richtig und notwendig. Die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an dieser Arbeit ist jedoch nach wie vor äusserst gering.

1.2. Die Erfahrungen der Massen mit der Fristenlösung

Ungefähr 1o bis 15 % der Menschen, mit denen wir sprechen, wissen bereits über die Fristenlösung Bescheid. Das sind sicherlich mehr als schon direkt damit Kontakt hatten. Sie vertreten die Auffassung, dass sich gegenüber dem § 144 kaum etwas geändert hat - und dabei sind auch solche, die über Fälle von durchgeführten Abtreibungen wissen. Sehr wichtig ist, dass fast niemand auf die Ärzte schimpft, sondern in erster Linie auf das Gesetz. D.h., dass wirklich nur mehr wenige glauben, dass dieser Staat im Interesse des Volkes gehandelt hat und dass die Ärzte jetzt dieses Gesetz unterliefen. Fast alle, die schon Erfahrungen mit der Fristenlösung gemacht haben, erkennen ziemlich genau die Unterdrückerrolle, die der Staat in dieser Frage hat. Aber auch jene, die noch keine Erfahrungen mit der Fristenlösung kennen, erkennen sehr rasch, dass die SP-Regierung dieses Gesetz zur Verbesserung der Kontrolle und Unterdrückung geschaffen hat.

Einigermassen schwierig ist allerdings die Agitation bei den direkt betroffenen Frauen. Sie versuchen, sich individuell durchzuschwindeln und sind zu keiner Zusammenarbeit mit uns bereit.

1.3. Innere Widersprüche in der Sozialdemokratie und Gewerkschaft

In den letzten drei bis vier Jahren nahm in der Arbeiterbevölkerung und sogar in Schichten des Mittelstandes die Empörung über das Abteibungsverbot zu. Einen organisierten Ausdruck fand sie in der Forderung, die Abtreibung frei zu geben, die Unterorganisationen der SPÖ - Frauenbewegung, JG und SJ - und einige Gewerkschaftsgruppen stellten. Der Regierung gelang es, durch die Fristenlösung diese Bewegung aufzufangen und zu zersplittern und zeitweilig in ihre Kanale zu

lenken. Diesen Gruppen in der SP gegenüber argumentiert die Führung etwa so, dass sie die Fristenlösung als notwendiges Kompromiss hinzustellen versucht und dass eben "eine solzialistische Regierung in einem bürgerlichen Staat" nicht weiter gehen könne.

Für uns muss es darum gehen, zu zeigen, dass von einem Kompromiss absolut keine Rede sein kann. Der Widerspruch zwischen den Menschen, die das Recht auf Abtreibung wollen und der SP-Führung, die das Gesetz zur Verbesserung des Abtreibungsverbotes gemacht hat, muss und kann ausgenützt werden. Bisher traten wir in Bezirksgruppen der ÖGJ und in der JG auf. Allerdings waren keineswegs alle der Jugendlichen für das Recht auf Abtreibung und etwa 5o % meinten, man müsse eben besser "aufpassen". Ebenso taucht häufiger als sonst das Mordargument auf. Diejenigen, die wir bisher hicht überzeugen konnten, sind allerdings auch die politisch inaktivsten in diesen Gruppen. Das Problem scheint mir jedoch in erster Linie in der mangelnden Lebenserfahrung der Jugendlichen zu liegen. Wenn wir kontinuierlich und gut fundiert in diesen Gruppen arbeiten, so werden wir aber gute Erfolge erzielen können.

1.4. Bevorstehende Auseinandersetzungen unter den bürgerlichen Parteien

Das Verhalten der ÖVP zur Fristenlöung bzw. zur Aktion Leben ist nach den Misserfolgen, die sie schon im vergangenen Winter mit der massiven Unterstützung der Aktion Leben erlebte, ein sehr vorsichtiges. Sie nimmt nicht mehr als Partei Stellung, stellt es aber ihren Mitgliedern frei, sich zu engagieren. Das ist so, weil: "Der einzigen, für die ÖVP möglichen Profilierung - einer eindeutig reaktionären Profilierung - fehlt heute in Österreich die Massenbasis." (RS 36, S. 7, H.W.)

Die SPÖ wird ebenfalls recht vorsichtig, jedoch klarerweise offen für die Fristenlösung auftreten. Einerseits bietet ihr das Volksbegehren wieder eine Möglichkeit, die Fristenlösung als notwendiges Kompromiss anzupreisen und sich vor ihren Mitgliedern zu rechtfertigen. Andererseits kann sie aber kein Interesse an einem grösseren Aufruhr haben, da sonst womöglich noch die Wahrheit über das neue Gesetz ans Licht kommt. Da ja die grosse Mehrheit der SP-Mitglieder tatsächlich für das Recht auf Abtreibung ist, bestünde die Gefahr, dass die existierenden aber derzeit einigermassen zugekleisterten Widersprüche offen zum Ausbruch kommen.
Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Auseinandersetzung sehr lahm sein wird.

1.5. Die internationale Bedeutung der Abtreibungsfrage

Gerade in den letzten Jahren ist in den kapitalistischen Ländern Europas die Abtreibungsfrage eine der wichtigsten politischen Fragen geworden. Die Auseinandersetzungen in der BRD sind hinlänglich bekannt; in Italien und in der Schweiz gibt es Volksabstimmungen über die Abtreibung; in England gab es eine Demonstration mit 3o.ooo Teilnehmern. In fast allen kapitalistischen Ländern Europas, aber auch in den revisionistischen Staaten reformiert die Bourgeoisie ihre Abtreibungsverbote. Der Grund dafür dürfte in dem Absinken der Geburtenrate in diesen Ländern zu suchen sein.

Wir müssen in Zukunft mehr beachten, dass die Volksbewegungen, die in den westlichen Ländern gegen die Abtreibungsverbote entstanden sind, sich günstig und befruchtend auf einander auswirken. Wir sollten ihnen auch in unserer Propaganda mehr Platz einräumen.

2. Unsere politische Linie

2.1. Der Kampf um das Recht auf Abtreibung kann nur ein Kampf des Volkes gegen den Staat sein

Vom Abtreibungsverbot ist nicht nur die Arbeiterklasse, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung betroffen. Gesetze von der Art des Abtreibungsverbotes machen die Lage der unterdrückten Massen besonders unerträglich. Der Staat entrechtet die Betreffenen, indem er ihnen die Entscheidung aus der Hand nimmt und sie seinen Gerichten, oder, wie im Fall der Fristenlösung, zum Teil den Ärzten überträgt. Die Ärzte sind in diesem Fall lediglich die Vollzugsorgane des Staates, und der Staat stellt sich mit seiner ganzen Autorität und Gewalt hinter sie, indem er ihnen gesetzlich verbrieft, es dürfe ihnen aus keiner Handlung im Zusammenhang mit Durchführung oder Ablehnung von Abtreibungen ein

Nachteil erwachsen. Gegen diese Entrechtung der Betroffenen, des Volkes, wenden wir uns. Wir wenden uns dagegen, dass der Staat, die Richter oder die Ärzte die Entscheidung treffen können. Wir treten dafür ein, den Betroffenen selbst die Entscheidung zu überlassen - wir fordern das Recht auf Abtreibung, d.h. konkret, die ersatzlose Streichung aller Abtreibungsparagraphen. Wir treten deshalb dafür ein, weil gerade die kapitalistischen Verhältnisse immer wieder eine Abtreibung als letzten Ausweg nötig machen - und das durch die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in immer mehr Fällen.

Wir erheben Forderungen, die nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse sind, sondern das Interesse aller Werktätigen und des ganzen Volkes zum Ausdruck bringen. Diese Forderungen sind geeignet, dass sich das ganze Volk hinter ihnen zusammenschliesst und sich politisch gegenüber den Staat stellt. Wir müssen so auftreten, dass die sozialen Verhältnisse klarer hervortreten - wir müssen klar machen, dass es die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist, die immer wieder zur Abtreibung zwingt und dass eine Änderung dieser Verhältnisse nur möglich ist, wenn der Staatsapparat zerschlagen wird, der diese Verhältnisse schützt.

Durch die Fristenlösung ist es dem Staat bzw. der Regierung gelungen, dem Volk für einige Zeit Sand in die Augen zu streuen und den Anschein zu erwecken, als sei nicht der Staat, sondern die reaktionären Ärzte die Gegner. War beim § 144 der Frontverlauf Staat - Volk noch klar ersichtlich, so sind die Verhältnisse nun komplizierter geworden: Die Beratungsstellen und Ärzte stellen wo etwas wie Vorposten dar. Im Komitee herrscht darüber, dass das Recht auf Abtreibung nur im Kampf gegen den Staat erreicht werden kann, schon ziemliche Klarheit. Auch die Erfahrungen in der Agitation zeigen uns, dass die Menschen, wenn sie schon mit der Fristenlösung zu tun hatten, eher auf die Fristenlösung als auf die Ärzte schimpfen, und dass sie wissen, dass die Fristenlösung den Ärzten die Voraussetzungen schafft, in der bekannten Weise zu handeln.

Die Planung der "Spitalsaktion" aber zeigte, dass wir mitunter nicht fähig waren, diese politische Linie auch richtig in die Praxis umzusetzen. Bei der Vorbesprechung im Komitee traten sogar berechtigte Befürchtungen auf, wir könnten eine falsche Front errichten, und den Anschein erwecken, als würde sich unsere Aktion gegen die Ärzte richten und nicht gegen den Staat. Wir argumentierten dann so dagegen, dass wir an den Reibungsflächen, die durch die Fristenlösung z.B. in den Spitälern entstehen, ansetzen müssten. Das ist zwar richtig, so wie die Aktion aber geplant war, hatten wir das Mittel mit dem Zweck dieser Aktion vertauscht. Zweck hätte sein müssen, die Massen zu mobilisieren, ein Mittel dazu hätte es sein können, Konflikte, die sich in den Spitälern ergeben, an die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu hätten wir aber vorher in die Spitäler gehen müssen. Genau das Gegenteil war der Fall. Anstatt in die Spitäler zu gehen, um Konflikte zu schüren und an die Öffentlichkeit zu tragen, hatten wir vor, <u>vor</u> ein Spital zu gehen und den Konflikt zum Zweck zu machen.

Da es sich beim Abtreibungsverbot um einen Konflikt zwischen Staat und Volk handelt, können wir auf lokaler Ebene auch nur eine beschränkte Sichtweise haben und einen Kampf sicherlich nicht erfolgreich führen. In der jetzigen Situation ist daher ein Austausch der Erfahrungen und eine Diskussion über die Vorgangsweise auf nationaler Ebene nötig.

2.2. Differenzen in der kommunistischen Bewegung

Innerhalb der kommunistischen Bewegung gibt es durchaus verschiedene Positionen in der Abtreibungsfrage - mit der VRA gibt es z.B. einige schwerwiegende Differenzen. Die VRAÖ(ML) schreibt in einer Antwort auf eine Kritik an einen Artikel in der VM 95: "Ihr werft uns vor, wir hätten im obenerwähnten Artikel die Abtreibungsfrage als '<u>reine</u> Frauenfrage' (ihr meint wohl: ohne Rücksicht auf die Klassenverhältnisse) behandelt. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Jeder aufmerksame Leser muss doch feststellen, dass wir in diesem Artikel ausdrücklich vom Standpunkt der arbeitenden Frau, d.h. der beruflich tätigen, werktätigen Frau wie der proletarischen Hausfrau, sprechen. Wir stellen darin fest, dass 'der Klassenfeind....die <u>arbeitende Frau</u> in die Rolle einer Gebärmaschine des Ausbeuterstaates zurückversetzen' will, erklären uns 'entschieden gegen jegliche gesetzliche Verpflichtung der <u>arbeitenden Frau</u> zu einer unerwünschten Mutterschaft' und rufen 'zum entschlossenen und konsequenten Kampf für die vollen Rechte der <u>arbeitenden Frau</u>' auf. Wie kann man diesen unmissverständlichen Klassenstandpunkt übersehen? Und überhaupt: Wir haben doch in diesem Artikel aufgrund der Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus die <u>ganze Frauenfrage</u>

als historische (d.h. geschichtlich bedingte und wandelbare) Frage der Klassengesellschaften behandelt, die mit der Klassenspaltung entstanden ist und mit der Aufhebung der Klassen verschwinden wird. Wie kann man diese marxistische Grundeinstellung des Artikels 'verkennen'?" (Brief an die Leitung des KB Wien, Anfang April 1975; Unterstreichungen wie im Original)

Wir stimmen mit der VRA durchaus darin überein, dass "die ganze Frauenfrage als historische Frage der Klassengesellschaften behandelt" werden muss und dass diese Frage auch heute von grosser Bedeutung ist. Wir stimmen jedoch mit der VRA darin nicht überein, dass die Abtreibungsfrage ein Teil der Frauenfrage ist. Tatsächlich betrifft das Abtreibungsverbot Frauen und Männer und zwar in erster Linie die Werktätigen. Der Staat zwingt zwar "die arbeitende Frau zu einer unerwünschten Mutterschaft", aber das kann er nicht, ohne gleichzeitig den Mann dieser arbeitenden Frau (sofern sie verheiratet ist) zu einer unerwünschten Vaterschaft zu zwingen. Vor allem aber geht es um die Gründe, warum diese Mutterschaft (Vaterschaft) unerwünscht ist. Diese Gründe können sicher nicht in der Mutterschaft an sich liegen, denn die Massen haben eine durchaus positive Einstellung dazu und wünschen Kinder zu haben. Vielmehr sind diese Gründe in den sozialen Verhältnissen zu suchen: Etwa, dass der Lohn des Mannes allein nicht ausreicht, oder dass die Wohnverhältnisse zu schlecht sind, oder dass kein Kindergartenplatz erhältlich ist u.a.m. Und solche Gründe hat klarerweise nicht nur die Frau, sondern die ganze proletarische Familie - wenn sie sich zu einer Abtreibung entschliesst. Wer hier also unterdrückt und entrechtet wird, sind doch wohl Frau und Mann. Auch Lenin spricht im Zusammenhang mit dem Abtreibungsverbot vom "Schutz der elementarsten Rechte der Bürger und Bürgerinnen" (LW 19, S. 227), für die wir eintreten müssen und nicht etwa nur von einem Recht der Bürgerinnen. Nach unserer Meinung ist es also so, dass sich im Kampf gegen das Abtreibungsverbot das ganze Volk gegen den Staat stellen muss und nicht etwa nur die Frauen. Und in der Agitation haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Massen durchaus dieser Meinung sind.

Eine zweite Differenz besteht über das neue Gesetz selbst. Die VRA schreibt im selben Brief: "Dass wir meritorisch hinsichtlich der Forderung nach völliger und ersatzloser Abschaffung des § 144 sowie in der Kritik an den Unzulänglichkeiten und Tücken des neuen Gesetzes keine Meinungsverschiedenheiten haben, versteht sich ja von selber." Das versteht sich nicht von selber, denn wir sind der Auffassung, dass das neue Gesetz nicht unzulänglich ist, sondern dass dieses Gesetz ein wirkungsvolleres Instrument des Staates zur Unterdrückung und Entrechtung der Volksmassen ist, als der alte § 144. (siehe auch Artikel im Klaka 11/75) Von einem "Kompromissgesatz", wie die VRA meint, kann keine Rede sein, denn dadurch, dass das neue Gesetz Abtreibungen besser verhindert als das alte, ist es voll und ganz im Interesse der Kapitalisten, keineswegs jedoch im Interesse des Volkes.

Eine dritte Differenz besteht darin, dass die VRA "im gegenwärtigen Augenblick eine Kampagne gegen die Fristenlösung und für die ersatzlose Streichung des § 144 (gemeint sind wohl die §§ 96 und 97 und 98, P.F.M.) als nicht zweckmässig (erachtet), weil den breiten Massen unverständlich." Wir glauben aber sehr wohl, dass die breiten Massen verstehen, warum man für die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen eintreten muss. Dies wurde bereits im Punkt 1. dieses Berichtes belegt.

Eine vierte Differenz besteht in der Frage nach dem Beginn des menschlichen Lebens. Die VRA wendet sich in der VM 96 gegen die 3-Monatsfrist mit der Begründung, dass erst im 6. Monat Gehirnströme messbar seien, und dass man daher erst ab dann von menschlichem Leben reden könne. Ich glaube, dass diese Frage zweitrangig ist und überdies falsch angegangen wird. Denn wir wollen uns doch nicht mit der Bourgeoisie um Fristen herumstreiten, sondern wir wollen, dass die Abtreibung im Strafgesetzbuch nicht mehr vorkommt. Wir wollen das nicht deshalb, weil wir glauben, dass das Leben erst im x-ten Monat beginnt, sondern weil wir der Meinung sind, dass die Betroffenen selbst entscheiden sollen und nicht der Staat und weil wir glauben, dass das Volk das Recht der Entscheidung unter den herrschenden sozialen Verhältnissen dringend braucht. Falsch angegangen ist das Problem deshalb, weil menschliches Leben ja nicht durch Gehirnströme bestimmt wird, denn so etwas gibt es auch bei Tieren. Das menschliche Leben unterscheidet sich vom tierischen dadurch, dass der Mensch ein soziales Wesen ist und erst das bewusste Leben innerhalb der Gesellschaft als menschliches Leben bezeichnet werden kann.

Differenzen und Unklarheiten über die Abtreibungsfrage gibt es aber auch in unserer Organisation. Einiges davon ist in dem Papier von W.Sch. "Zum Leitungsbeschluss des KB zur Abtreibungsfrage" enthalten. Genosse W.Sch. kritisiert die Losung "Für das Recht auf Abtreibung" folgendermassen: "Oder hinter dem Recht auf Abtreibung wird ein soziales oder politisches Recht gesehen, das erkämpft werden soll. Das ist aber falsch." Richtig ist, dass es sich um kein soziales Recht handelt. "Die Abtreibung ist aber im Unterschied zur Wahl der Lehrer oder einer Demonstration zunächst überhaupt nichts politisches, sie bezieht sich zunächst überhaupt nicht auf die Frage des Staates bzw. der Macht im Staat. Daher ist es Humbug, das Recht auf Abtreibung mit demokratischen Forderungen über einen Leisten zu schlagen und es zum politischen Recht zu erklären. Politisch an der Sache ist, dass der Staat die Abtreibung zur Sache seiner Kontrolle und Strafverfolgung macht. Dementsprechend ist natürlich der Kampf, der dies abstellen will, ein politischer Kampf, in dem sich das Volk dem Staat gegenüber stellt, indem es seine Demokratie entwickelt." Richtig ist, dass die Abtreibung kein politischer Akt ist - aber wer das Recht zur Entscheidung hat, die Betroffenen oder der Staat, das ist sehr wohl eine politische Frage. Wie in allen Fragen der Demokratie wird im Verlauf des Kampfes immer die Frage nach der Macht im Staat auftauchen, wenn er von den Kommunisten richtig geführt wir. Es handelt sich sehr wohl um ein Recht, nämlich um das Recht über die Durchführung von Abtreibungen zu entscheiden. Und es handelt sich um ein demokratisches Recht, weil das ganze Volk dieses Recht im Kapitalismus braucht - Lenin bezeichnet es sogar als ein elementares demokratisches Recht.

Gemosse W.Sch. schreibt weiter: "Wie sehr man sich hier verheddern kann, wird klar, wenn man die Frage aufwirft, wie denn das vermeintliche demokratische Recht auf Abtreibung 'nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär zu formulieren' sei, inwiefern es auf die Zerschlagung des Staates abzielt etc." Die kommunistische Fraktion im Komitee hat sich tatsählih mitunter verheddert, nämlich genau dann, als sie "vergass", dass wir gegen den Staat ein Recht erkämpfen wollen und dies nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär tum müssen (siehe auch Kritik der "Spitalsaktion").

Wenn man sagt, dass die Arbeiterklasse und das Volk kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat und in die bürgerlichen Parteien haben dürfen und den selbständigen Kampf gegen den Staat führen müssen, wenn man sagt, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse es sind, die das Volk zur Abtreibung als letzten Ausweg zwingen und dass wir diesen Staat zerschlagen müssen, der diese Verhältnisse schützt, so ist das entschieden revolutionär. Gerade darauf kommt es an, den Kampf so zu führen, dass die Massen im Kampf diese Erfahrungen machen können und die Notwendigkeit der Zerschlagung dieses Staates erkennen können.

2.3. Unsere Forderungen

a) Weg mit dem Abtreibungsverbot
b) Für das Recht auf Abtreibung
c) Für die ersatzlose Szreichung der Abtreibungsparagraphen

Das sind die Forderungen, auf deren Grundlage das Komitee arbeitet. Die Kommunisten erheben darüberhinaus noch zwei weitere Forderungen:
d) Bezahlung der Abtreibung durch die Krankenkasse
e) Gleichstellung der Abtreibung mit dem Krankheitsfall.

Zu a): Damit soll darauf hingewiesen werden, dass es sich auch bei der Fristenlösung um ein Abtreibungsverbot handelt.
Zu b): Damit soll klargestellt werden, dass es uns nicht um Propaganda geht, dass möglichst viele Frauen abtreiben sollen. Diese Forderung schliesst auch nicht diejenigen aus, die z.B. selbst nicht abtreiben würden, aber die staatliche Einmischung ablehnen.
Zu c): Mit dieser Forderung geben wir an, dass wir das Recht erreichen wollen. Diese Forderung sollte man aber nie allein verwenden,, da sie sehr oft missverstanden wird. Wir sind deshalb schon x-mal mit der Aktion Leben verwechselt worden - einmal sogar von der Polizei.
Zu d) und e): Diese Forderungen richten sich beide an die Krankenkasse und zielen darauf ab, dass man dieses Recht auch wirklich wahrnehmen kann. Diese Forderungen gehören nicht in die Plattform des Komitees, weil sie keine notwendige Grundlage für den Zusammenschluss im Kampf um das betreffende Teilziel darstellen und ddshalb Menschen vom Kampf ausgeschlossen werden könnten, die ihn durchaus führen wollen.

2.4. Die Haltung der Kommunisten zur Abtreibung

Diese Frage einmal grundsätzlich zu klären, wurde im Komitee und in der Fraktion bisher total vernachlässigt. Dadurch machen sich falsche Tendenzen in unserer Agitation und Propaganda breit.
Diese sind: 1. Durch die Abtreibung "wehren" sich die Leute gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lage.
Diese Auffassung zu vertreten ist deshalb falsch, weil das Recht auf Abtreibung nichts an den Verhältnissen ändert, die zu Abtreibungen führen. Ausserdem legt es nahe, dass wir den Leuten so einen Vorschlag machen.
2. "Die Kinder, die wir in die Welt setzen, werden später ohnehin nur ausgebeutet und/oder im Krieg verheizt, also ist es fast besser, keine zu kriegen."
Lenin schreibt dazu: "Der klassenbewusste Arbeiter ist unendlich weit entfernt von diesem Standpunkt. Er lässt sich von solchem Gejammer, wie aufrichtig und tiefgefühlt es auch sei, nicht das Bewusstsein vernebeln. Jawohl, wir, die Arbeiter, wie auch die Masse der Kleinbesitzer führen ein Leben voller unerträglicher Bedrückung und Leiden. Unsere Generation hat es schwerer als unsere Väter. In einer Beziehung aber sind wir weitaus glücklicher daran als unsere Väter. Wir haben es gelernt und lernen es schnell, zu kämpfen - und nicht als einzelne zu kämpfen, wie die Besten unserer Väter gekämpft haben, nicht im Namen von Losungen bürgerlicher Schönredner, die uns im Inneren fremd sind, sondern im Namen unserer eigenen Losungen, der Losungen unserer Klasse. Wir kämpfen besser als unsere Väter. Unsere Kinder werden noch besser kämpfen und sie werden siegen.
Die Arbeiterklasse geht nicht zugrunde, sondern wächst, erstarkt, wird reifer, schliesst sich zusammen, schult und stählt sich im Kampf. Wir sind Pessimisten in bezug auf die Leibeigenschaftsordnung, den Kapitalismus und die Kleinproduktion, aber wir sind glühende Optimisten in bezug auf die Arbeiterbewegung und ihre Ziele. Wir legen bereits das Fundament eines neuen Gebäudes, und unsere Kinder werden es zu Ende bauen.
Eben darum - und nur darum - sind wir unbedingte Feinde des Neomalthusianismus, dieser Strömung für das verknöcherte, egoistische Spiesserpärchen, das erschreckt murmelt: Wenn wir uns nur selber, mit Gottes Hilfe, irgendwie durchschlagen, auf Kinder verzichten wir aber besser." (LW 19. S. 226)
3. "Durch das Recht auf Abtreibung sollen mehr Frauen die Möglichkeit erhalten, abtreiben zu können."
Dazu ist zu sagen, dass wir nicht wollen, dass jetzt mehr Frauen abtreiben können, sondern dass die, die dazu gezwungen sind, selbst darüber entscheiden können und ihre Lage nicht noch durch eine Strafandrohung verschärft wird.

3. <u>Das Komitee</u>

3.1. Ist die Mitarbeit der Kommunisten im Komitee sinnvoll und notwendig?

Diese Frage kann nur entschieden werden ausgehend von einer Einschätzung der Situation. Derzeit ist es zweifellos so, dass die Abtreibungsfrage im Volk an Bedeutung gewinnt.
Die Situation ist zugleich heute nicht so, dass eine einzige Frage so weit in den Vordergrund gerückt wäre, so dass alle anderen Sachen davon überschattet wären. Der Unmut der Bevölkerung entzündet sich an vielen verschiedenen Fragen, von denen eine das Recht auf Abtreibung ist. Das Recht auf Abtreibung selbst wird durch die sich ständig verschlechternden Verhältnisse immer dringender benötigt, da immer Frauen zu Abtreibungen gezwungen sind. Das findet seinen Niederschalg darin, dass uns bei der Agitation immer mehr Menschen von selbst sagen, sie seien für das Recht. Gleichzeitig nimmt die Klarheit über den Charakter der Fristenlösung zu, sodass immer mehr Menschen klar wird, dass sich gegenüber dem § 144 eh nichts geändert hat und dass sich vor allem die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Gesetz nicht geändert hat. Wir finden deshalb auf längere Sicht gute Bedingungen vor, eine Kampffront aufzubauen. Deshalb ist es notwendig, im Komitee zu arbeiten. Dieser Beschluss muss natürlich laufend überprüft werden.

3.2. Die Wurzel der Fehler, die in der Komiteearbeit begangen wurden

Die Art unserer Fehler lässt sich am besten dadurch charakterisieren, dass wir immer wieder unbedacht und abgelöst von den Verhältnissen irgendwelche Kämpfe führen wollten. Scheinbar liegt die Wurzel darin, dass wir mit dem Verhältnis von Politik und Propaganda nicht fertig wurden. Wir fühlten uns ständig zu Ak-

tivitäten getrieben, um unsre Existenzberechtigung im Komitee zu beweisen. Wir glaubten, dass, wenn wir keine Demonstration oder Kampfkundgebung veranstalten, wir keine Politik und nur Propaganda machen.

In Wirklichkeit liegen die Wurzeln unserer Fehler aber tiefer. Nämlich darin, dass wir der Entwicklung der Klassenkampfsituation insgesamt und der Entwicklung der Bedingungen, in denen die Abtreibungsfrage steht, zu wenig Aufmerksamkeit schenkten. Hand in Hand damit geht, dass wir noch immer die allgemeine politische Diskussion im Komitee vernachlässigen. Wie kann man beispielsweise eine richtige Vorstellung von den Vorgängen rund um das Volksbegehren der Aktion Leben haben, wenn man nicht versteht, wie und warum die ÖVP ihre Politik ändern muss. Nur wenn man so eine korrekte politische Einschätzung der Bedingungen hat, kann man eine korrekte Politik ohne Schwankungen machen. Dann hat man es auch nicht mehr nötig, über das Verhältnis von Politik und Propaganda herumzutüfteln.

Wenn wir erstens die Meinungen der Massen genau verfolgen, unsere Erfahrungen aus der Agitation auch statistisch auswerten und immer wieder zusammenfassen, zweitens die objektiven Bedingungen und drittens die Entwicklung der allgemeinen politischen Lage aufmerksam verfolgen, warden wir nicht dauernd über Perspektivelosigkeit klagen und wissen, was zu tun ist. Der KB-Beschluss über die Abtreibungsfrage hat allerdings keinen Beitrag dazu geleistet, unsre Fehler zu überwinden.

Ebenso hat sich die nur sporadisch operative Anleitung der Fraktion durch die Leitung nicht gerade günstig ausgewirkt.

3.3. Die Aufgaben des Komitees

Die bisherige Einschätzung legt folgende Aufgaben nahe:

1) Arbeit in den Gewerkschaften und anderen Organisationen. Vor allem die Arbeit in der Gewerkschaft ist für uns von gar nicht zu unterschätzender Bedeutung. Aber auch die Widersprüche in der SP müssen wir ausnützen. In den Meinungsbildungsprozess, der in diesen Organisationen stattfindet, müssen wir eingreifen und auf Beschlüsse hinarbeiten. Solche Beschlüsse sind bereits ein Kampfschritt, denn wenn so eine Gruppe einen Beschluss fasst, so wird sie auch darangehen, ihn zu verbreiten und die eigene Organisation dafür zu gewinnen. Wir bringen dadurch ungleich mehr in Bewegung, als wenn wir auf Ständen einzelne Menschen überzeugen.

2) Überzeugungsarbeit mit Ständen auf belebten Plätzen (evt. auch vor Betrieben). Im Augenblick ist es zweckmässig, grössere Kundgebungen durchzuführen und Massendiskussionen durchzuführen, da das öffentliche Interesse durch das bevorstehende Volksbegehren über das normale Interesse hinausgeht.

3) Aufgreifen aller Konflikte, die durch das neue Gesetz entstehen, besonders in Spitälern und Beratungsstellen.

4) Laufende Untersuchungstätigkeit über die Praxis der Fristenlösung (Spitäler), über die objektive Entwicklung der Bedingungen, in denen die Abtreibungsfrage steht und ev. andere Fragen.

5) Aus der Auseinandersetzung mit dem Volksbegehren der Aktion Leben können sich kurzfristig noch weitere Aufgaben bzw. Möglichkeiten für Aktionen ergeben. An dieser Stelle soll auch noch auf eine Sache eingegangen werden, die in der Fraktion aufgetaucht ist: Sollen wir den Vorschlag machen, um eine Volksabstimmung über das Recht auf Abtreibung zu kämpfen? Das wäre falsch, da dieser Vorschlag keineswegs eine Perspektive für den Kampf angibt. Wir müssen den Kampf darum führen, dass das Parlament die Abtreibungsparagraphen ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch streicht. Machen wir den Vorschlag einer Volksabstimmung, so müssten wir den Kampf darum führen, dass das Parlament den Beschluss fasst, eine solche durchzuführen. Dieser Vorschlag treibt also nichts vorwärts, sondern lenkt lediglich die Massen von der eigentlichen Frage ab. In der BRD ist die Situation anders: Dort hat das BVG jede auch noch so geringe Lockerung der Strafbestimmungen für Abtreibung für verfassungswidrig erklärt. Deshalb kann das Parlament gar nicht mehr die ersatzlose Streichung beschliessen, sondern nur mehr das Volk. Deshalb ist der Vorschlag der Volksabstimmung in der BRD richtig und bei uns falsch.

P.F.M.

DIE AKTUELLE POLITISCHE SITUATION IN SPANIEN,UND UNSERE AUFGABEN IN DER SOLIDARITAETSBEWEGUNG

Die Lage in Spanien ist sehr angespannt.Die Rihe vor und beim Tod Francos ist trügerisch.Die Situation kann jeden Moment sehr schnell zuspitzen. Die Nervosität der faschistischen Henker,ihre Angst vor Aktionen des Widerstands wird deutlich,wenn man sich vor Augen führt,daß seit dem Tod Francos die Einheiten der Guardia Civil,der Politischen Polizei und wichtiger Armeeteile in Alarmbereitschaft versezt wurden,und Ausgehverbot haben, damit sie jederzeit eingesetzt werden können.Bei der Vereidigung Juan Carlos wurden alle Ausfallstraßen Madrids besetzt.

Gleichzeitigsind die Verhaftungen und Folterungen nicht abgerissen,und sie nehmen immer größere Ausmaße an;angehörige von oppositionellen und revolutionären Organisationen,von Gewerkschaften,Studenten,Priester,Offiziere.. und.v.a.im Baskenland.Zeitungen werden mit Erscheinugsverbot belegt,Artigestrichen,..Manöver von Antiguerillaspezialeinheiten fanden statt.Beglei wird das ganzevon immer brutalerenTerrorkommandos derultrarechten Mörderhaufen"christo Rey","Gas".So zB überfielen sie unlangst Anwälte,die Regimgegner verteidigt hätten,prügelten die Familie des einen Basken der hingerichteten5Kampfer krankenhausreif,Greifkommandos provozieren auf den Unis Saalschlachten und lassen danach die Fortschrittlichen Studenten verhaften;weiters kündigten sie an die Politischen Gefangegen des Carabalchel Gefangnisses in Madrdid eigenhandig zu liquidieren,falls dies von den dortigen Folterknechten/nicht besorgt werde.Die Namen dieser Bestien sind der Polizei bekannt,aber es ist nur zu klar,daß diese keinen Fingerkrummt-nicht umsonst heißen sie ja auch in den deutschen Zeitungendie"spanische Parallelpolizei".

Die Falangisten haben für letzten Sonntag 23.11., das Begräbnis Francos, die größte Demonstration zu Zeiten Francos geplant und mobilisiert. Sie sprachen von einer Million Teilnehmer. Trotz Einschüterungsversuchen und Zwangsmaßnahmen mit denen sie die Leute aus öffentlichen Ämtern, Universitäten, Schulen etc. hinbringen wollten, ist ihr Vorhaben jämmerlich fehlgeschlagen. Vor der Kirche beim Begräbnis standen nicht mehr als 10.000 alte Faschisten. Ihre Möglichkeiten das Kleinbürgertum, die mittlere Bourgeoisie für sich zu mobilisieren sind dahin. Schon vor dem Tod Francos wurden von Franco selbst wichtige Umbesetzungen gemacht. Die Guardia Civil Generalkommandanturen der Regionen Madrid, Barcelona und Schlüsselstellen der Armee wurden mit neuen noch blutrünstigeren Francotreuen Faschisten aus der Falange besetzt. Die EG und die NATO haben mit dem Tod Francos sofort wieder angekündigt, die Verhandlungen für den Eintritt Spaniens zu "überprüfen".

All das gibt uns einen kleinen Vorgeschmack, was von dem Geschrei der friedlichen Öffnung, Liberalisierung, Reformen usw. zu halten ist. Die Kommentatoren und Reporter des bürgerlichen Blätterwaldes bei uns und in Europa können nicht oft genug ihre Lügen von einer Liberalisierung, die Illusion von einer bürgerlichen Demokratie, von grundlegenden Reformen wiederholen, um die Solidaritätsbewegung und die Sympathie mit dem spanischen Volk zu verwirren und zerstreuen. Sie schreiben so: "Hoffentlich kann sich der neue König Juan Carlos, der unter dem"Druck" der Opposition steht, mit seinen Reformen gegen die "Ultras" - die francotreue Generalität und Altfalangisten, welche die Schaltstellen des Staatsapparates beherrschen - durchsetzen".

Erstens ist aber die spanische Oligarchie - Kernschicht der herrschenden Klasse bestehend aus den Finanzkapitalisten und den Großgrundbesitzern, die engstens miteinander verschmolzen sind, die Hauptträger des Faschismus - keineswegs bereit auch nur ein haarbreit freiwillig und friedlich von ihrer Macht abzugehen. Dazu die "Presse" am 21.11.75: "Es ist offensichtlich, daß die Gruppe, welche mit Franco im Bürgerkrieg gesiegt hat und die man hier gewöhnlich mit dem Wort Establishment oder auch als "Bunker" bezeichnet, nicht gewillt ist, ihre beherrschende Machtposition zu räumen. Sie will den Prinzen, den Franco selbst zu seinem Nachfolger bestimmt hat, nur akzeptieren, wenn sich dieser völlig dem Willen des Establishments beugt. Und dieser Wille ist von einem ihrer härtesten Vertreter, dem früheren Arbeitsminister Giron de Velasco letztes Wochenende neu ausgesprochen worden: "Keine Änderung des Regimes." Auch die eingangs geschilderten Maßnahmen illustrieren dies.

Zweitens ist Juan Carlos, d s Schoßkind der spanischen Oligarchie, nichts anderes als ein von Franco hochgepäppelter Hampelmann, selbst ein Faschist und Vertreter der spanischen Großbourgeoisie. Was immer ihm auch nachgedichtet wird, so große Töne er auch spukken mag, er gehört ebenso zu den Blutsaugern, das sehen wir an seinen Taten: So z.B. kündigte man eine große "Reform" von ihm an, die Autonomie der Regionen, der nationalen Minderheiten. Von dieser großartigen Reform ist nichts anderes übrig geblieben als die Erlaubnis auch offiziell die nicht spanischen Sprachen benützen zu dürfen. Von gleichen Rechten für die Minderheiten keine Rede. Und so wird es auch bei den anderen "Demokratisierungsversuchen" ablaufen.

Drittens: Auch wenn Juan Carlos wollte könnte er nichteinmal demokratisieren: Das entscheidende Gremium, welches die Schlüsselpositionen der Macht (Ministerpräsident, Präsidenten der höchsten Justizbehörde, des Staatsrates, Rechnungshofs, Wirtschaftsrates, also der gesamten Verwaltung sowie des Militärs) besetzen soll und dabei das Vorschlagsrecht (Vorschriftsrecht) besitzt, DER KRONRAT, besteht aus lauter Francotreuen Faschisten, aus Kirche, Armee, Verwaltung und Industrie. Dieses Gremium muß von Juan Carlos bei jeder wichtigen Entscheidung befragt werden., Dazu die "Presse" vom 20.11. "Dem Kronrat geht der Ruf voraus, eine Hochburg des konservativen "Bunkers" zu sein." Wir müssen uns jedoch vor Augen halten, daß es ja gerade die bewußte Taktik der Oligarchie in Spanien ist, Juan Carlos dem Volk als Demokraten anzubieten und darauf zu setzen, daß es durch seine "Demokratisierung" verwirrt wird, und gleichzeitig jegliche Regung der Arbeiterklasse und des Volkes ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und Schluß zu machen mit dem Faschismus, in Blut zu ertränken. Deshalb läßt sie den Mörderbanden der Ultras im Untergrund freie Hand (Parallelpolizei), deshalb verschärfen die Generäle die Unterdrückung. Wir müssen uns auch vor Augen halten, daß dies nicht das erste Mal ist, daß die spanische Oligarchie von einer Liberalisierung des Faschismus schwätzt. Immer in Situationen in denen es für sie besonders kritisch zu werden begann und das Volk zum nächsten wuchtigen Schlag gegen ihre Herrschaft ausholte, versuchte sie es mit dem Liberalisierungsschmäh. Ein Beispiel war das Parteiengesetz von Arrias Navarro, wo es zuerst hieß, die Parteien werden erlaubt und schließlich, angesichts der anschwellenden Bewegung und der machtvollen Hilfe der spanischen Arbeiterklasse sogar dieses minimale Zugeständnis sofort zurückgenommen wurde.

Viertens ist die spanische "Opposition" von der die bürgerli-

Interview Carrillos, 28.7.Time
....Wir sind bereit amerikanische Investitionen zu schützen"). Sie erklären ihre "unwiderrufliche Entscheidung heute mehr denn je eine friedliche Politik fortzusetzen" (Le Monde 4.11., gemeinsame Erklärung der Plattformen). Sie reden zwar von bürgerlichen Freiheiten wie Freiheit der politischen Gefangenen, der Parteien und Gewerkschaften, Presse und Versammlungen usw. aber kein Wort über die Zerschlagung des faschistischen Apparats, nein, sie wollen die faschistische Generalität, die politische Polizei nur übernehmen und an ihre Leine hängen, ("Die Armee müßte der aktive Garant dieses großen nationalen Übereinkommens sein", Interview Carrillos L'Espresso, 2.11.) sie werden sie noch gegen die Arbeiterklasse gebrauchen. Kein Wort darüber, daß die Wurzel des Faschismus ausgerissen, die Monopole der US- und spanischen Imperialisten enteignet,werden sollen, der Großgrundbesitz ebenfalls beseitigt und die Agrarreform, welche für die Landarbeiter und armen Bauern die Lebensfrage ist, durchgeführt wird ("Wir lehnen keine einzige der bürgerlichen Freiheiten ab", Kommunique der KP Spaniens, 30.10., Herald Tribune). Nicht das Volk wollen sie an die Macht bringen, ~~xxxx~~ keine Volksrepublik, sondern eine bürgerliche Demokratie, in der sie die Macht haben. Deshalb wollen sie auch die Arbeiterklasse und das Volk Spaniens nicht für den bewaffneten Aufstand und den Sturz des Faschismus auf die Straße holen ("Ich habe immer gesagt, daß der Bürgerkrieg vermieden werden kann und soll" Und "Das ist eine große Gefahr, denn der Weg zum Sozialismus muß in Westeuropa demokratisch sein" Carrillo, 2.11. L'Espresso und 28.7. Time), sondern sie sprechen nur von einer "realistischen Provisorischen Regierung für die größtmögliche nationale Einheit" (die Bourgeoisie miteingeschlossen), von demokratischen Reformen, Wahlen, Initiativen, Gesprächen, Verhandlungen...(Carillo) um die kampfentschlossenen Arbeiter zu beruhigen ("Keine Provokation der Ultras"). Und wenn die Revisionisten dies nicht mehr können, so schwingen sie radikale Phrasen wie "Massenaktionen", "letzte Schlacht für die Demokratie" etc. ohne der Arbeiterklasse eine genaue Orientierung und Anleitung und Ziele des ~~xxx~~ Kampfes zu geben, um sie zu verwirren und abzuwiegeln. So z.B. rief das Madrider Provinzkomitee der KP Samstag den 22.11. zum Generalstreik gegen Juan Carlos auf (Volksstimme 23.11.) - einen Tag später wurden sie von der Parteileitung zurückgepfiffen und die Aktionen offiziell dementiert. Wir glauben daß dies ein Zeichen ist, von dem gewaltigen Druck, den die unteren Parteigremien seitens der Arbeiter ausgesetzt sind, welcher soweit geht, daß sie mit der Basis der Arbeiter der Parteiführung durchbrennen.

Fünftens: Hat es die Oligarchie in Spanien mit einer wohlorganisierten kampferfahrenen Arbeiterklasse zu tun, die zugleich zahlenmäßig die größte (55% der Bevölkerung) und revolutionärste Klasse in Spanien ist (illegale Gewerkschaftskomitees in den Fabriken, Komitees unter den Arbeitslosen, in den Stadtteilen sind ein Ausdruck dieser selbständigen Organisierung.) Hier ist es ganz anders als in Portugal, die Arbeiterklasse hat eine Jahrhunderte alte ununterbrochene Tradition von Klassenkämpfen, die sie mit unerbittlichkeit und eisernen Willen geführt hat. Sie hat ihre gewaltige Kampfkraft und Organisation besonders in den letzten Jahren bewiesen, in denen sie nicht aufgehört hat ihren Kampf für ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen zu führen in Streikkämpfen, Demonstrationen, Barrikadenschlachten, und hat diesen Kampf immer mehr ausgeweitet über ganze Städte, Regionen und Provinzen. Sie hat dabei große Sympathien bei den Taglöhnern Landarbeitern und armen Bauern sowie im Kleinbürgertum und Teile der mittleren Bourgeoisie gewonnen, und sie mit in den Kampf hineingerissen.

Diese Schichten und Klassen sind aus sich heraus nicht fähig einen revolutionären Kampf gegen den Faschismus siegreich zu führen wohl aber kommen sie bei einer konsequenten Führung des Kampfes durch die Arbeiterklasse auf jeden Fall in Bewegung und können für diesen Kampf gewonnen werden - dies gilt auch für ihre politischen Parteien und Organisationen. Das Bündnis mit ihnen herzustellen in einer antifaschistischen Einheitsfront ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, der Kommunisten in Spanien.

WAS SIND DIE AUFGABEN DES ANTIFASCHISTISCHEN KAMPFS IN SPANIEN?

Vorerst wie gesagt Herstellung der Einheit aller antifaschistischen, antiimperialistischen, nationalen (gegen USA) Klassen und Schichten in einer Einheitsfront; das sind außer der Arbeiterklasse vor allem die Landarbeiter, armen Bauern (zusammen 26% der Bevölkerung) deren Lebensinteresse die Enteignung der spanischen Oligarchie und des US-imperialistischen Monopole, des Großgrundbesitzes ist für die Lösung der Agrarfrage, sie sind daher für eine konsequente Durchführung der Revolution und wichtigster Bündnispartner. Weiters die Kleinbourgeoisie und Teile der mittleren Bourgeoisie(je 15% und 2% der Bevölkerung) welche ebenfalls unter dem Joch der faschistischen Unterdrückung und dem Ausverkauf der Wirtschaft an die Dollar-Magnaten der Yankees leiden, und immer rascher dem Ruin entgegengehen. Die wichtigsten Ziele und Aufgaben dieses Kampfes werden im 6-Punkte-Programm der FRAP umrissen:

1. Sturz der faschistischen Diktatur und Vertreibung des Yankee-Imperialismus durch den revolutionären Kampf.
2. Errichtung einer föderativen Volks republik, die die demokratischen Freiheiten für das Volk und die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert.
3. Verstaatlichung des ausländischen Monopolbesitzes und Inbeschlagnahme des Besitzes der Oligarchie.
4. Tiefgreifende Agrarreform auf der Grundlage der Konfiszierung des Großgrundbesitzes.
5. Liquidation der Reste des spanischen Kolonialismus.
6. Bildung einer Armee im Dienste des Volkes.

Unserer Meinung nach werden in diesem Programm die Aufgaben, welche erfüllt werden müssen, um den Faschismus samt seinen Wurzeln zu zertrümmern richtig angegeben, und hiermit ist es Grundlage für ein breites Bündnis aller antifaschistischen nationalen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse. In der Propagierung dieser Aufgaben und der unmittelbaren Forderungen an denen sich der Kampf dort entzündet und zuspitzt besteht unsere Aufgabe in der Solidaritätsbewegung.

WIE GEHT ES WEITER?

Damit bereiten wir auch den besten Boden für breite Solidaritätsaktionen auf korrekter Grundlage für den Fall, daß sich der Kampf der spanischen Volksmassen sprunghaft zuspitzt. Und damit müssen wir rechnen, z.B. letzten Mittwoch, 19.11., demonstrierten 15.000 Arbeiter aus Anlaß des Begräbnisses von 4 Kollegen,welche bei einer Explosion bei Cheysler-Espana ums Leben gekommen sind, und bewiesen damit ihre Kampfbereitschaft. Wie wir wissen hat die FRAP und einige andere republikanische Organisationen für den Amtsamtritt (Donderstag 27.11.) Juan Carlos' schon seit längerem den Generalstreik propagiert.

Damit wollen sie dem ganzen Volk Spaniens zeigen, daß sich das Franco-Regime nicht gewandelt hat - daß es keinen liberalen Faschismus gibt. Wenn der Generalstreik durchgeführt wird, so wird das Regime mit Panzern und Truppenteilen auffahren, und versuchen, ihn brutal niederzuschlagen. Es wird zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommen. Das Regime Juan Carlos wird sich restlos entlarven. Ebenso ~~xxxx~~ wird die bürgerliche Opposition ihr Gesicht verlieren und Revolutionäre und Kommunisten beschimpfen, weil sie das Regime "provoziert" haben und den friedlichen Übergang sabotieren. Je mehr jedoch ihre Mitglieder für die Einheit mit den Kommunisten gewonnen werden und je mehr das Volk in Bewegunggerät, werden auch ihre Führer in der Opposition gezwungen werden einzulenken, und sich ebenfalls - aber schwankend - an einem Bündnis in einer Einheitsfront beteiligen.

Die Forderungen, auf die sich jetzt in S panien der Kampf unmittelbar zuspitzt, sind:

- Freilassung aller politischen Gefang enen
- Freiheit für Gewerkschaften, politische Organisationen und Partieen
- Freiheit der Versammlung und Propaganda (Presse)
- Gleiche Rechte für die nationalen Minderheiten
- 40-Stunden Woche, höhere Löhne

Und es ist auch zu erwarten, daß ~~xxxx~~ der Kampf in der allernächsten Zeit mit solchen Forderungen als Zündfunken gewaltig explodieren wird wird. Dabei müssen wir uns jedoch darauf eknstellen, daß dieser Kampf sich blitzartig auf eine totale Konfrontation mit dem Faschismus entwickeln kann und die allgemeinen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes: Errichtung der Volksrepublik, Vertreibung des US-Imperialismus, Enteignung der Oligarchie, Agrarreform... k in den Brennpunkt des Geschehens rücken. Wir müssen auf alles gefaßt sein. Propagieren wir die unmittelbaren Forderungen, die Aufgaben und Ziele des antifaschistischen Kampfes in Spanien, so wie die Arbeiterklasse und das Volk in Spanien den Kampf darum führen.

- Tod dem Faschismus
- Nieder mit Juan Carlos
- Es lebe die Volksrepublik Spanien

M.P.
Spanien-Gruppe
25.11.

Portugal: DIE ENTSCH.IDUNG IST NOCH NICHT GEFALLEN!

Die österreichischen Massenmedien sind voll von Meldungen, nach denen in Portugal ein Linksputsch bevorstünde, ein andermal wieder ein Rechtsputsch. Ihr Tenor: es sei endlich Zeit, mit dem Chaos Schluß zu machen und die Autorität der Regierung von Ministerpräsident Azevedo herzustellen, die zeigen solle, wer in Portugal eigentlich regiert. Unzeifelhaft ist das auch die entscheidende Frage: wer soll regieren und wer kann regieren?

Als am 25.April 1974 die "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) das faschistische Caetano-Regime stürzte und die bürgerlichen Freiheiten wiederhergestellt wurden, war es für die Bourgeoisie höchste Zeit geworden, ihre bisherige Kolonialpolitik zu revidieren und die innenpolitischen Verhältnisse zu "liberalisieren", um die Voraussetzungen für eine stärkere Integration Portugals in die EG (Europ. Wirtschaftsgemeinschaft) zu schaffen. Die gesamte portugiesische Wirtschaft war darauf aufgebaut, daß in den Kolonien in Afrika, mit ihrem immensen Reichtum an billigen Rohstoffen, auf der Grundlage billiger Sklavenarbeit, riesigeProfite erzielt werden konnten Daher investierten die großen portugiesischen Gesellschaften auch nicht in Portugal in genügendem Ausmaß, was dazu führte, daß die portugiesische Wirtschaft immer mehr verrottete. Aber die nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien errangen Sieg um Sieg, und der Hinauswurf der Portugiesen aus Afrika rückte immer näher. Das Erstarken der Befreiungsbewegung zwang den Portugiesen einen Kolonialkrieg auf, der jährlich 50% des Staatshaushaltes verschlang, was katastrophale Auswirkungen hatte: ein rapid wachsendes Handelsbilanzdefizit, galloppierende Inflation.

Der portugiesischen Wirtschaft wurde die Basis entzogen - in Portugal selber lag die Wirtschaft völlig darnieder. Um nach dem totalen Zusammenbruch der Kolonialherrschaft ihre Existenz als herrschende Klasse aufrechterhalten zu können, waren daher für die Bourgeoisie tiefgreifende Reformen notwendig geworden, die die völlig zerrüttete ökonomische Struktur des Landes sanieren, den total veralteten Produktionsapparat modernisieren und die portugiesische Wirtschaft wieder konkurrenzfähig machen sollten.

Um aber diese Reformen durchführen zu können, mußte das Caetano-Regime gestürzt werden, das sich mit allen Mitteln gegen diese Reformen stemmte. Diese Aufgabe besorgten die Offiziere der MFA, die dabei von der Arbeiterklasse und von breiten Teilen des Volkes unterstützt wurden, hatten diese doch größtes Interesse an der Erkämpfung politischer Freiheiten und Rechte, um ihre sozialen Interessen besser zur Geltung bringen zu können.

DAS VOLK WILL NICHT MEHR SO LEBEN WIE BISHER - DIE BOURGEOISIE KANN NICHT MEHR SO REGIEREN WIE IN DER VERGANGENHEIT

Ermutigt durch die Beseitigung des faschistischen Regimes und die neugewonnenen politischen Rechte begann die Arbeiterklasse verstärkt ihre eigenen Interessen zu verteidigen und setzte sich gegen die Versuche der Bourgeoisie, den Kapitalismus auf ihrem Rücken zu sanieren, immer mehr zur Wehr. In einer Reihe von Streiks gelang es der Arbeiterklasse, Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Verringerung der Arbeitszeit, so z B. die Gewährung eines vierwöchigen bezahlten Urlaubes, Lohnfortzahlungen im Krnakheitsfall und bei Arbeitsunfällen, sowie die staatliche Garantie eines Mindestlohnes (ca 3 000.-) durchzusetzen.

Das Erstarken der Arbieterbewegung, die Zuspitzung des Klassenkampfes führte zusehends zur offenen Konfrontation mit der Regierung, die die Interessen der Bourgeoisie vertritt. Daß inzwischen schon die 6.provisorische Regierung (innerhalb von 1 1/2 Jahren) an der Macht ist, ist gerade ein Ausdruck dessen, daß es der Bourgeoisie nicht gelungen ist,

ihre Herrschaft zu festigen. Es ist tatsächlich so, daß die bürgerliche Regierung keine Autorität unter der Arbeiterklasse und breiten Teilen des Volkes besitzt. Eine Reihe von Gesetzen mußte, kurz nachdem sie beschlossen waren, zum Müll geworfen werden, weil sie einfach nicht befolgt wurden (z B. das reaktionäre Pressegesetz und das Gesetz, "illegal" erworbene Waffen in Privatbesitz abzugeben).

Diese zunehmende Konfrontation schlug sich auch in der Armee nieder, die mit dem Gang der Ereignisse eine immer größere Rolle spielte Für die Bourgeoisie deshalb, weil sie ihre volksfeindlichen Maßnahmen heute schon nicht mehr im Namen des Kampfes gegen die Reaktion und Verteidigung der Revolution ausgeben kann und zunehmend offen zu unterdrückerischen Maßnahmen greifen muß. Dagegen aber wächst der Widerstand in der Armee, und unter den Soldaten gewinnt immer mehr die Ansicht an Boden, daß sie nichts als Arbeiter und Bauern in Uniform sind. Daher weigern sie sich zusehends, die Waffen gegen ihre Klassenbrüder außerhalb der Kaserne zu richten.

All das führte dazu, daß heute die Situation dadurch gekennzeichnet ist, daß weder die Kräfte der Revolution noch die der Konterrevolution in der Lage sind, eine Entscheidung herbeizuführen.

FASCHISMUS ODER VOLKSDEMOKRATIE

Zwishen beiden kann es auch keinen Kompromiß geben, denn die Frage steht so:
- entweder Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, sowie Einmischung und Unterdrückung durch die ausländischen Imperialisten, sei es durch den amerikanischen, durch den russischen Sozialimperialismus oder durch den europäischen Imperialismus unter Führung der BRD,und Unterdrückung des Volkes;
- oder Herrschaft des Volkes und Enteignung und Unterdrückung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, sowie Enteignung des imperialistischen Kapitals und nationale Unabhängigkeit

Der Faschismus, der nach seinem Sturz am 25.April 1975 von vielen für tot erklärt wurde, reorganisiert sich und erhebt sein Haupt wieder. Die Reaktion verschwört sich überall: in der Armee, in der Administration und auf der Straße. Ihre völlige Zerschlagung kann nicht mehr lange hinausgezögert werden! Obwohl geschwächt durch die bereits durchgeführten Nationalisierungen, sind die hauptsächlichsten Stützen des Faschismus, Monopolkapital und Großgrundbesitzer (=Latifundisten), weit davon entfernt, endgültig geschlagen zu sein: sie bereiten fieberhaft, massiv unterstützt durch den US-Imperialismus, einen faschistischen Putsch vor.

Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen geht es heute darum, die begonnene volksdemokratische Revolution zu Ende zu führen, eine antifaschistische und antiimperialistische Demokratie zu errichten, die die nationale Unabhängigkeit wirklich sichern kann und den Weg zur Emanzipation aller ausgebeuteten Klassen und Schichten ebnet Das erfordert revolutionäre Maßnahmen, die die Auflösung der faschistischen Parteien, Aburteilungen der faschistischen PIDE-Agenten in Volkstribunalen und äußerste Repression gegen alle faschistischen Aktivitäten Dazu ist es notwendig, den Stützen des Faschismus, Großkapital und Latifundisten, alle ökonomische Macht zu entreißen, durch eine konsequente Politik der Nationalisierung ohne Entschädigung. Dazu sit notwendig, alle Güter, die sich in den Händen der Imperialisten befinden, zu nationalisieren. Eine radikale Landreform muß durchgeführt werden, in Einklang mit den Interessen der Bauern, damit diese für das Bündnis mit den Arbeitern gewonnen werden.

Eine solche Volksdemokratie wünscht das portugiesische Volk, und in diesem Sinn muß es vorwärtsschreiten, will es nicht alle seine bisher erkämpften Rechte und Freiheiten wieder verlieren.

WIE VERHÄLT SICH DIE BOURGEOISIE IN DIESER SITUATION?

Um die Regierung streiten die sogenannten "demokratischen" Parteien, PPD(Volksdemokratische Partei) und PS(SozialistischePartei), und die revisionistische Partei Cunhals P"C"P. Die PPD, deren Gründungsmitglieder und Spitzenfunktionäre alle der faschistischen Einheitspartei angehört hatten; die PS, der es gelungen ist, alle Arten von Faschisten und Reaktionären in ihre Reihen aufzunehmen; die P"C"P, die durch die Erschleichung und Besetzung der Ämter des alten faschistischen Staatsapparates die Macht ergreifen will. Allen dreien ist gemeinsam, daß sie jeweils im Dienst verschiedner Imperialisten handeln, der US-, der europäischen und der russischen Imperialisten. Allen dreien ist gemeinsam, daß sie der revolutionären Volksbewegung feindlich gegenüberstehen und sich einen Dreck um die Interessen der werktätigen Massen kümmern.Diesen Parteien, die sich in den Augen der Massen immer mehr diskreditieren, geht es nur darum, die Revolution zum Schweigen zu bringen und auf dem Rücken des Volkes ihre Machtpositionen auszubauen. Während sie ständig beteuern, die Demokratie retten zu wollen, streiten sie sich um das Recht, das Volk zu unterdrücken und die demokratischen Volksbewegungen zu zertreten

In der letzten Zeit haben zahlreiche Säuberungen stattgefunden, um fortschrittliche, aber auch revisionistische Leute aus allen entscheidenden Stellen des Staatsapparates auszuschalten und sie durch verläßliche Parteigänger der Bourgeoisie zu ersetzen (z B. die Absetzung von Zivilgouverneuren und Ersetzung durch PPD- und PS-Mitglieder). In der Armee ist es der Bourgeoisie zwar gelungen, die zentralen Kommandostellen in den Griff zu bekommen, jedoch haben die Soldaten gegen eine Reihe von reaktionären Maßnahmen (Versetzung, Entlassung und Verhaftung revolutionärer Soldaten, Auflösung und Entwaffnung ganzer Einheiten) den Kampf aufgenommen und dabei auch Erfolge erzielt. Gescheitert ist die Bourgeoisie daran, die Armee insgesamt unter die Kontrolle zu bekommen und sie wieder zu einem tauglichen Unterdrückungsinstrument zu machen, das jederzeit gegen die Arbeiterklasse und das Volk eingesetzt werden kann. Daher ist die Bourgeoisie daran gegangen, eine neue Interventionstruppe, AMI, aufzubauen, die ca 16 000 Mann stark sein und hauptsächlich aus alten Kolonialkämpfern bestehen sollte, denen der Geist der Söldnermentalität, bedenkenlos die Waffen gegen das Volk zu richten, noch eigen ist. Die erste Aktion der AMI war die Sprengung des Rundfunksenders Radio Renascenca (Dieser Sender hatte ursprünglich der kath. Kirche gehört, war aber am 27.Mai von den Arbeitern besetzt worden; seither unterstützte der Sender den Kampf gegen die Anschläge der Reaktion). Nachdem alle Versuche der Regierung, den Sender wieder der reaktionären Kirche zurückzugeben, gescheitert waren, war dies der äußerste Versuch, das leidige Problem aus der Welt zu schaffen. Die Sprengung des Senders steht im Zusammenhang mit einem allgemeinen Angriff der Reaktion auf die Informationsfreiheit der Volksmassen. Durch die Ausschaltung der Stimmen der Arbeiter soll die Vorbereitung der offenen Konterrevolution erleichtert werden.

Mit der Sprengung des Senders ist die Bourgeoisie jedoch weiter in die Isolierung geraten: die Fallschirmjäger, die die Sprengung durchgeführt hatten, leisteten nachträglich Selbstkritik (sie hatten von ihrer reaktionären Aufgabe nichts gewußt!) und traten auf Beschluß ihrer Plenarversammlung aus der AMI aus. Weiters meldeten sie sich freiwillig zur nächtlichen Wache im Gebäude der Zeitung Republica (die sich in den Händen der Arbeiter befindet), da Provokationen der PPD und der PS zu befürchten waren.

Die Steine, die die Bourgeoisie gegen die revolutionäre Massenbewegung erhebt, fallen auf ihre eigenen Füße!

Inzwischen mußte auch die AMI aufgelöst werden, was einen weiteren Erfolg der demokratischen Volksbewegung gegen die reaktionären Maßnahmen darsteilt. So gelingt der Bourgeoisie die Stabilisierung ihrer bürgerlichen Demokratie immer weniger (wessen Demokratie sollte das denn sein, wenn das Volk dagegen ist?)

Daher setzen heute immer größere Teile der Bourgoisie auf die faschsitische Bewegung, deren Terrorbanden hauptsächlich im Norden operieren. Großen Zulauf bekommen diese (ELP Und MDLP) von aus Angola zurückkehrenden Kolonialkämpfern. Je weniger es der Bourgeoisie gelingt, die Ausbeutung mittels der demokratischen Republik aufrechtzuerhalten, umso mehr setzt sie auf die Faschisten. So wird auch letztlich die Machtfrage entschieden werden: Gelingt es der Arbeiterklasse nicht, das Volk zum entscheidenden Ansturm auf die Herrschaft der Kapitalisten und Gutsbesitzer zusammenzuschließen und die demokratische Diktatur über die Ausbeuter zu errichten, so kann sich die Bourgeoisie nur noch über die faschistische Diktatur retten. Und darauf nimmt sie heute Kurs.

BÜNDNIS ARBEITER-BAUERN ODER NIEDERLAGE DER REVOLUTION

Ihre Reserven finden die Reaktionäre und Faschisten hauptsächlich unter den kleinen und mittleren Bauern im Norden des Landes, wo sie nach wie vor die uneingeschränkte Macht haben. Ihre entscheidende Stütze dabei sind das Analphabetentum (über 50% der Bauern!) und die Kirche. 50 Jahre lang haben die Kirche und die Faschisten den Bauern eingehämmert, der Kommunismus sei eine fremde Macht, der ihnen das Land wegnehmen und sie ausbeuten will, Kinder abschlachtet und ähnliches. Tatsächlich wurden die Bauern durch die Tätigkeit der "Kommunisten" von der revisionistischen Partei Cunhals, die sich nach dem Sturz des Faschismus einfach in die Ämter setzte, ohne daß das Volk darauf hätte Einfluß nehmen können, in ihren Vorurtiilen auch bestätigt. Der Bauer ballt schon lange die Fäuste, nur weiß er nicht,gegen wen er kämpfen soll. Da kommt es darauf an, ob es der Arbeiterpartei gelingt, gestützt auf die sozialen Interessen der Bauern, diese dem politischen Einfluß der Großgrundbesitzer und der Kirche zu entreißen, oder ob es den Reaktionären gelingt, die Bauern als Reserven der Konterrevolution zu mobilisieren. Damit die Bauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewonnen werden können, muß der Einfluß der Revisionisten zurückgedrängt werden, der das Volk spaltet, muß die Arbeiterklasse ihre Partei, die Kommunistische Partei, wieder aufbauen, die die ganze Klasse eint und führt. Dafür sind die Bedingungen günstig, und in letzter Zeit ist es dem Marxisten-Leninisten gelungen, eine Reihe von Zellen und Vereinigungen der Bauernschaft zu gründen, die die Bauern organisieren und ihren Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lage unterstützen.

GEBOT DER STUNDE: NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT!

In ihrem Ringen um die Vormachtstellung in Europa mischen sich beide Supermächte und die europäischen Imperialisten in die Angelegenheiten des portugiesischen Volkes ein, um Portugal unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei bedienen sie sich vielfältiger Methoden. Insbesondere setzen sie zu diesem Zweck auf verschiedene politische Kräfte in Portugal selber, haben sie ihre Agenturen in Portugal: Die USA, die auf die Putschversuche Spinolas und der faschistischen ELP setzten, bisher damit schon zweimal gescheitert sind, versuchen es nun ein drittes Mal; die SU, die auf die Übernahme des existierenden Staatsapparates durch die Revisionisten von Cunhal setzt, dabei bereits gescheitert ist, erwartet sich nun alles von einem Putsch durch die Cunhalisten; die EG hat ihren treuen Diener in der SP von Soares.

Neben diesen offenen unverhüllten Interventions- und Umsturzplänen versuchen die Supermächte, Portugal in ihre ökonomische Abhängigkeit zu bekommen. So beherrschen amerikanische Konzerne, wie ITT, Mobil, IBM und General Motors nach wie vor große Teile der portugiesischen Wirtschaft (z.B. im Elektronikbereich) und versuchen fortwährend die portugiesische Wirtschaft an den Rand des Ruins zu treiben, indem ungeheure Massen von Kapital ins Ausland transferiert werden, ständig Arbeiter entlassen werden und unter Androhung von weiteren Entlassungen vom portugiesischen Staat Millionen Kapitalhilfe erzwungen wird. Mit Importsperren, Handelsboykott etc. versuchen die westlichen Imperialisten, Portugal in die Knie zu zwingen. Da springen die Sozialimperialisten "hilfreich" ein und kaufen die Exportwaren, die Portugal aufgrund des Handelsboykotts nicht loskriegen kann, zu Schleuderpreisen ein (z.B. Weinkäufe durch DDR und SU), die sie wiederum mit gewaltigen Gewinnen an Dritte weiterverkaufen. Die revisionistischen Handlanger, die sich nach dem Sturz des Caetano-Regimes in die Schlüsselpositionen der Wirtschaft gesetzt hatten, sind dabei von großer Bedeutung. Sie taten alles, damit die portugiesische Landwairtschaft exportorientiert bleibt, d.h. abhängig von den Märkten anderer Länder, und "erschlossen" neue Absatzmärkte in den Ländern des COMECON, womit die portugiesische Wirtschaft immer mehr vom Sozialimperialismus abhängig wird.

Portugal ist nicht nur durch die imperialistischen Supermächte umstellt, sondern sie haben auch alle ihre schmutzigen Finger drin und versuchen, Portugal unter ihre Fuchtel zu bringen. Ihre Agenturen, so unterschiedlich auch ihre Auftraggeber sind, haben eine Gemeinsamkeit: Das Volk an der Revolution zu hindern, um die imperialistische Einflußnahme zu gewährleisten. Die Arbeiterklasse wird diese Agenturen neiseiteschieben als Hindernis auf dem Weg zur Revolution durch die Errichtung einer Regierung der nationalen Unabhängigkeit und damit der Einmischungsversuche der Supermächte eine Schlappe bereiten.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Karl-Peter Schwarz. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 11